Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Südwestdeutsche Volkszeitung für christliche Politik und Kultur. 1946-1947

1947

46 (11.6.1947) Landesausgabe

Visual Library

Badische Landesbibliothek

Südwestdeutsche Volkszeitung

Achtzehn Teilausgaben: Landesausgabe (L), Baden-Baden (B-B), Bühl (Bü), Donaueschingen (D), Freiburg-Stadt (FS), Freiburg-Land (FL), Hanauerland (H), Karlsruhe (K), Konstanz-Stadt (KS), Konstanz-Land (KL), Lahr (La), Lörrach (Lö), Murgtal (M), Offenburg (O), Pforzheim (P), Rastatt (R), Überlingen-Stockach (Ü), Waldshut (W). — Redaktion: Freiburg, Tennenbacherstr. 4 (Tel. 2764) und Rastatt/Bad., Kaiserstr. 40/42 (Tel. 2703)

2. Jahrgang | L | Mittwoch, den 11. Juni 1947 | Nummer 46

Münchener Konferenz ohne Ostzone

Regierungschefs aus zwölf Ländern besprachen Ernährungs- und Wirtschaftsfragen — Vertreter der Sowjetzone verließen plötzlich die Sitzung

München (Eig. Ber.) Die erste Konferenz, die alle deutschen Regierungschefs zur Besprechung eines Programms, mit dem der gegenwärtigen Wirtschaftsnot zu steuern wäre, vereinigen sollte, begann mit einem Zwischenfall, der zwar nicht sensationell war, aber doch tiefbedauerlich ist. Nachdem die Ministerpräsidenten der Sowjetzone ihre Teilnahme noch in letzter Stunde zugesagt hatten und pünktlich am Vorabend der Konferenz zur letzten Vorbesprechung der Tagesordnung erschienen waren, herrschte bei allen Delegationen unverhohlene Befriedigung. Umso schmerzlicher war deshalb die Enttäuschung, als man erfuhr, daß die Ministerpräsidenten der Sowjetzone unvorhergesehene Forderungen stellten und schließlich, ohne das Ergebnis der Beratungen abzuwarten — obendrein auch noch ohne sich von ihren Ministerkollegen zu verabschieden — die Sitzung verließen. In früher Morgenstunde gab die bayerische Staatsregierung eine amtliche Verlautbarung heraus, in der der Verlauf dieses Sprengungsversuches dargestellt wird. Darin heißt es u. a.: „In der Vorbesprechung stellten überraschender Weise die Ministerpräsidenten der Ostzone folgenden Antrag: „Wir beantragen als entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen der Konferenz als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates."

In der amtlichen Verlautbarung, deren sachliche Richtigkeit in einer späteren Pressekonferenz von den anwesenden Regierungschefs bestätigt wurde, heißt es weiter, daß Ministerpräsident Dr. Ehard in den vorausgegangenen ausführlichen und wiederholten Kommissionsbesprechungen, zu denen die Vertreter der Ostzone trotz Einladung nicht erschienen waren, ein ausdrückliches und feierliches Bekenntnis zur deutschen Einheit angekündigt hatte. Darauf habe er die Vertreter der Ostzone sofort aufmerksam gemacht. Auch die übrigen Länderchefs hätten übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß im Rahmen der Konferenz die Notwendigkeit der deutschen Einheit bei allen Punkten der Tagesordnung nachdrücklich betont werden müsse. Die Meinungen seien nur darüber auseinandergegangen, ob dies außerdem als gesonderter Punkt der Tagesordnung und in Form einer Aufforderung an die politischen Parteien geschehen solle. Wörtlich heißt es dann in der Verlautbarung weiter: „Noch während dieser mit einer einzigen Ausnahme sachlich geführten Aussprache zogen sich die Länderchefs der russischen Zone zu einer mehr als einstündigen Sonderberatung zurück. Nach ihrer Beendigung ließen sie durch den Mund des inzwischen noch erschienenen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Dr. Steinhoff, erklären, daß, nachdem in der vorausgegangenen Debatte (an der er übrigens nicht teilgenommen hatte) die meisten Teilnehmer sich zu ihrem Verlangen negativ geäußert hätten, sie sich gezwungen sähen, die Teilnahme an der weiteren Konferenz abzulehnen. Hierauf verließen die Herren den Sitzungssaal. Die übrigen Regierungschefs setzten ihre Beratungen fort und einigten sich über die Tagesordnung, bei der die Ernährungsnot, die Wirtschaftsnot und die Flüchtlingsnot im Vordergrund stehen."

Diese Verlautbarung stellte gleichzeitig die Antwort auf eine Auslassung der Ministerpräsidenten der Sowjetzone dar, die mit verschwommenen Erklärungen und Schlagworten versucht hatte, die Verantwortung für den Zwischenfall und das Nichtzustandekommen der Konferenz im gesamtdeutschen Rahmen auf die übrigen Teilnehmer abzuwälzen. Inoffizielle Bemühungen, die Delegierten der Sowjetzone zu einem Einlenken zu bewegen, erwiesen sich als fruchtlos.

12 statt 17 Regierungschefs — drei statt vier Zonen

Bei allem aufrichtigen Bedauern über den fluchtähnlichen Auszug der Ostzone-Delegierten bestand doch keine Ursache, die Konferenz abzusagen. Verantwortungsbewußtsein und die Dringlichkeit der zur Erörterung stehenden Probleme hätten einen solchen Schritt verboten. Darüber hinaus aber verlangen die wohlverstandenen Regeln des demokratischen Spiels, daß eine Mehrheit sich nicht von einer Minderheit ins Bockshorn jagen läßt. Nach Ländern gerechnet blieb eine Mehrheit von 12:5, nach Zone eine solche von 3:1. Die Mehrheit fühlte sich auch für die Minderheit verantwortlich. Das brachte Ministerpräsident Dr. Ehard in seiner Eröffnungsrede zum Ausdruck, als er sagte, daß die Konferenz tagen und beraten werde in dem Gefühl, daß sie nun auch Sachwalter jener Teile Deutschlands sein wolle, deren Vertreter nun in München fehlten.

Weit mehr als hundert Vertreter der In- und Auslandspresse wohnten den Besprechungen mit gespannter Aufmerksamkeit an. Ministerpräsident Dr. Ehard umriß in seiner Ansprache die Aufgaben der Konferenz. Sie könne und wolle auch nicht eine Parallele zu den Moskauer Außenminister-Besprechungen sein, deren Ergebnislosigkeit zu bedauern sei. Besonders schmerzlich sei, das Fehlen der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, aber die jetzige Konferenz könne die mangelnde Einigkeit der großen Mächte nicht ersetzen. Und selbst wenn in Moskau die entscheidenden Fragen einer Lösung nähergebracht worden sein würden, hätte sich die Notwendigkeit einer Tagung ähnlich der heutigen als unumgänglich erwiesen. Was die Konferenzteilnehmer zusammengeführt habe, sei die gemeinsame Not, der Wille, ihrer Herr zu werden und die Überzeugung, daß sie in gemeinsamer Anstrengung leichter zu überwinden sei. Zweck der Besprechungen sei, eine Antwort auf die drängende Frage zu finden: „Wie kommen wir über den nächsten Winter?"

Referate und Resolutionen

In den folgenden Referaten zeigte sich schlagartig die Schwierigkeit der gesamtdeut-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Ein umstrittener Oberbürgermeister

Berlin. Kurz vor der Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Berlin, die nach einer Mitteilung des Fraktionsführers der SPD, Swolinski, in der nächsten Sitzung des Stadtparlamentes am 12. Juni erfolgen soll, spitzen sich die bisher im Hintergrund wirksamen Gegensätze jetzt wieder vor der Öffentlichkeit zu. Swolinski erklärte, daß die SPD nach wie vor auf der Wahl ihres Kandidaten Reuter bestehe. Die SPD sei ferner der Ansicht, daß die Alliierte Kommandantur diese Wahl nur bei politischer Unzuverlässigkeit ablehnen könne. Dies treffe jedoch bei Stadtrat Reuter in keinem Fall zu.

Geraume Zeit vorher hatte sich das Organ der sowjetischen Militärverwaltung, die „Tägliche Rundschau", mit der Möglichkeit einer Kandidatur Reuters befaßt und damals erklärt, daß Reuter als einer der aktivsten Führer der „antisowjetischen Lügenkampagne" als Bürgermeister völlig ungeeignet wäre. Die SED hat in einer Fraktionssitzung beschlossen, ihre Zustimmung zu der vorgesehenen Wahl von der befriedigenden Beantwortung einiger Fragen abhängig zu machen.

München — 1947

Es war Deutschlands — und damit leider der Menschheit — ganzer Jammer, der sich auftat, als man auf der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten in München den einzelnen Referaten zuhörte. Aus den Worten und Zahlen der Vortragenden über den Stand der Finanzen, die Lage der Wirtschaft oder den Gesundheitszustand in Deutschland sprach das Grauen, das ein Krieg über ein Volk brachte, das ihn verlor, und über eine Welt, die ihn auf dieser oder auf jener Seite zu führen gezwungen gewesen war. Die Länderchefs, die sich in München trafen, waren sich einig und klar darüber, daß Not und Elend in der Welt, vor allem in Europa, nicht nur auf Deutschland beschränkt geblieben sind. Aber sie wußten auch, daß ihre Länder von der allgemeinen Not am stärksten betroffen sind und daß etwas Grundlegendes geschehen muß, wenn nicht bald eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes eintreten soll. Es war nicht der Zweck der Konferenz, ein Forum für dramatische Szenen der Selbstbemitleidung zu schaffen oder pathetische Hilferufe in die Welt zu senden, sondern es ging schlicht darum, in gemeinsamem Studium und Gespräch, nach Wegen zu suchen, wie man aus eigener Kraft und erst nach deren Einsetzung auch mit fremder Hilfe die Auskunft aus dem Dilemma finden könnte. Wer von der Münchener Konferenz erwartet hat, sie werde Maßnahmen beschließen und einleiten, deren Ergebnis sich schnell auswirken und wenigstens die gröbsten Mißstände beseitigen, verkennt gleichermaßen die Möglichkeiten einer Konferenz wie die Besonderheit der deutschen politischen Situation. Konferenzen sind die Schrittmacher oder Wegbereiter der Praxis, von ihnen pflegen Entwicklungen ihren Ausgang zu nehmen. Wer die Resolutionen liest, die von den Länderchefs angenommen worden sind und in knappen Worten die Ergebnisse der Vorträge und Debatten wiedergeben, wird erkennen, daß damit das Höchstmaß dessen erreicht worden ist, was man billigerweise von einer Konferenz, zumal unter den obwaltenden besonderen Umständen, erwarten darf. In München hat sich erwiesen, daß es eine gesamtdeutsche Not gibt und daß nur Gesamtmaßnahmen ihr zu steuern vermögen. Kein deutsches Land vermag ohne das andere oder auf Kosten des anderen zu leben, wenn die Not nicht noch vergrößert werden soll. Aus diesem Grund war der Auszug der Ministerpräsidenten der Sowjetzone aus dem Sitzungssaal unverantwortlich und, nicht nur wegen der brüsken und unhöflichen Formlosigkeit, in der er vor sich gegangen ist, äußerst beschämend.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Vertreter der Sowjetzone mit Vorbedacht gehandelt haben. Sie waren mit eigener Polizei, aber ohne Sachbearbeiter erschienen, was den Schluß zuläßt, daß sie gekommen waren, um zu sehen — und gesehen zu werden! — und um dann nach dieser Demonstration wieder zu gehen. Sie haben die Sitzung verlassen, noch ehe ihr Antrag endgültig abgelehnt war und alle Möglichkeiten zu einem Kompromiß geprüft worden wären. Wenn man sieht, wie die Presse der SED in der Sowjetzone wie an einer Leine gezogen, nun gegen die „Spalter der deutschen Einheit in München" vom Leder zieht, Verdächtigungen bemerkenswert blöder Art gegen „kapitalistischen Föderalisten aus dem Westen" ausstreut und selbst davon spricht, die Münchener Konferenz solle als Auftakt zum Abschluß eines Separatfriedens zwischen den Westzonen und einigen oder allen Westmächten dienen, dann bedarf es weder besonderer Scharfsicht noch phänomenaler Gedächtnisse, um zu erkennen, woran man ist. Die Methoden der ultimativen Forderung, der Konferenz-Sprengungen und der anschließenden Pressekampagnen sind nicht mehr neu. Wir wollen nicht vergessen, daß vor der Gründung einer Sozialistischen Einheitspartei in Deutschland schon Leute gelebt und Politik gemacht haben, die den Verhandlungstisch scheuten. Es gilt, das Spiel früh genug zu durchschauen und kühlen Kopfes zu bleiben, denn wir möchten nicht über kurz oder lang „heim ins Reich" rufen müssen und — geholt werden. In ihrer Verlautbarung zur Erklärung ihres Verhaltens haben die Minister aus der Sowjetzone davon gewarnt, die Zeit ungenutzt verstreichen zu lassen und sich für ein Zusammenarbeiten über Zonengrenzen hinweg ausgesprochen. Man versteht deshalb erst recht nicht, warum sie dann München verlassen haben, wo ihnen zur Betätigung so guter Gedanken eine derartig günstige Gelegenheit geboten war. Sie hätten beobachten können, daß das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl keineswegs erstorben ist, freilich wären sie auch nicht an der für sie peinlichen Erkenntnis vorbeigekommen, daß in den westlichen Zonen die Meinung vorherrscht, ein friedlicher und demokratischer Aufbau sei nur auf föderalisti-

Grenzregulierung im Saargebiet

Paris. Gewisse Berichtigungen der saarländischen Grenze wurden durch die französischen Botschaften in Washington, London und Moskau der amerikanischen, englischen und sowjetischen Regierung vorgelegt.

Im Jahre 1946 war die Grenze bis in den Raum westlich und nordwestlich von Saarburg und einiger Gemeinden bzw. Landkreise des Trierer Bezirks, erweitert worden, um die Eisenbahnverbindung zwischen dem Saargebiet und Luxemburg sicherzustellen und den Bahnhof Konz in das Saargebiet einzubeziehen.

Es hat sich indessen gezeigt, daß durch die Verschiebung der Grenze von Saar und Mosel Trier von seinem Hinterland abgeschnitten wurde. Es entstanden aus dieser Lage politische und wirtschaftliche Unstimmigkeiten. Nach den neuen von Frankreich vorgenommenen Berichtigungen wird lediglich ein kleiner Teil des Saarburger Bezirks (ohne die Stadt selbst) beim Saargebiet verbleiben, der in das landwirtschaftliche Gebiet der französischen Stadt Sierk gehört. Auch der Landkreis Wadern bleibt beim Saargebiet. Zwar war das Gebiet nach dem ersten Weltkrieg nicht in das Saargebiet einbegriffen, doch erwies es sich als unumgänglich, solche Gebiete, in denen französische Arbeiter wohnhaft sind, die in den Saargruben arbeiten, in das Saargebiet einzubeziehen.

Die neuen Grenzen sind bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages endgültig

Die verstärkte Stimme Amerikas

Marshall fordert die europäischen Nationen zu einem gemeinsamen Programm auf

Cambridge (Massachussets). Vor ehemaligen Studenten der Harvard-Universität richtete der amerikanische Staatssekretär Marshall an Europa den Appell, selbst ein Programm aufzustellen, das dem alten Kontingent ermöglichen würde, die verwüsteten Länder wieder aufzubauen. Marshall erklärte dabei, daß es immer offensichtlicher würde, und es das beste wäre, wenn die europäischen Nationen ein Abkommen über all das schließen würden, was sie im Augenblick dringend benötigen. Weiter sollten sie sich über die Maßnahmen klar werden, die sie zu treffen beabsichtigten, um jedes von den Vereinigten Staaten eventuell aufzustellende Hilfsprogramm nutzbringend auszuwerten. Erst dann könne die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Bemühungen um die Wiedergesundung der europäischen Wirtschaft entsprechend weiter ausgestalten. Dieses Programm müßte nach der Ansicht des Staatssekretärs das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen mehrerer europäischer Nationen, wenn nicht aller, sein.

Marshall betonte, daß keine Regierung, die sich bemüht, der Wiedergesundung eines anderen Landes Hindernisse in den Weg zu legen, auf amerikanische Hilfe rechnen könne. Jede politische Partei oder alle Gruppen, die versuchen sollten, einen Staat im Elend zu belassen, um aus diesem Zustand politischen oder anderen Nutzen zu ziehen, müßten damit rechnen, daß sie auf den Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen würden.

Der Staatssekretär, der zu Beginn seiner Rede die internationale Lage als „sehr ernst" bezeichnet hatte, sagte, daß der Bedarf Europas sowohl an Lebensmitteln als auch an allen anderen Produkten im Laufe der nächsten drei oder vier Jahre bei weitem die Zahlungsfähigkeit Europas übersteigen wird. Infolgedessen würde die Gewährung einer umfangreichen zusätzlichen Hilfe für Europa erforderlich sein, wenn dort nicht die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse Gefahr laufen sollten, schwerwiegenden Rückwirkungen unterworfen zu sein.

„Die Politik der Vereinigten Staaten, fügt Marshall hinzu, ist gegen keine Nation und gegen keine Weltanschauung gerichtet. Sie gilt nur dem Kampf gegen die Verarmung, gegen die Verzweiflung und gegen das Chaos. Ihr Ziel ist der Wiederaufbau einer lebensfähigen Weltwirtschaft, um es auf diese Weise zu ermöglichen, daß eine politische und soziale Atmosphäre geschaffen wird, in dem freie Institutionen bestehen können."

Zwei Tage später forderte Präsident Truman in einer Rede vor Kriegsteilnehmern der 35. Infanterie-Division der amerikanischen Armee, daß die Vereinigten Staaten ihre militärische und wirtschaftliche Stärke erhalten sollten, um ihre Verpflichtungen für die Sache des Friedens erfüllen zu können. Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten bei der Leitung der Völker der Welt auf der Suche nach dem Frieden äußere sich darin, den weniger begünstigten Völkern zu helfen, die ehrlich danach streben, freie und unabhängige Nationen zu bleiben oder zu werden.

Truman wies darauf hin, daß Deutschland und Japan ihre Angriffskriege nur deshalb begonnen hätten, weil sie der Ansicht waren, die westlichen Nationen seien zu schwach, einem Angriff zu begegnen. Aus diesem Grunde, so sagte Truman, müsse Amerika seine Armee, seine Flotte und seine Luftstreitkräfte für jeden dringenden Fall in Bereitschaft halten. Sie müßten zu einer wirksamen einheitlichen Einrichtung zusammengeschlossen werden, die von einer Reserve gut ausgebildeter Zivilisten unterstützt werde. Bei dem gleichen Treffen erklärte General Eisenhower, die Feindschaft einer anderen Nation dürfe die Vereinigten Staaten nicht von einem Kurs ablenken, den sie für richtig hielten.

Paris. Der Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Marshall, daß sämtliche europäischen Staaten sich wirtschaftlich zusammenschließen sollten, wird weiterhin in Paris lebhaftest erörtert. Man ist davon überzeugt, daß nur eine große europäische Wirtschaftskonferenz zur Zusammenfassung aller europäischen Wirtschaftskräfte führen könnte. Man verhehlt sich freilich nicht, daß sich wahrscheinlich einige Staaten von dieser Konferenz ausschließen würden. Weiter wird die Frage vielfach erörtert, wer diese Konferenz einberufen solle. Nach französischer Auffassung kämen vier Staaten in Betracht: Großbritannien, Belgien, die Niederlande und Frankreich. Eine gewisse Fühlungnahme zwischen den Kabinetten wird schon in der nächsten Zeit stattfinden. Man will in Paris wissen, daß die amerikanische Regierung den europäischen Staaten für drei bis vier Jahre wirtschaftliche Hilfe leisten würde, in Form von Lebensmittellieferungen, sobald die Einigung der europäischen Länder in Wirtschaftsfragen erfolgt sein wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

scher Basis zu erreichen. Eine solche Erkenntnist ist denen natürlich unangenehm, die wissen, daß man mit Zentralismus schneller zur Aufrichtung der Diktatur kommt, selbst wenn man auf dem Weg dorthin viel von Demokratie spricht. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse zu sehen, daß das Verhalten der Ostzonen-Minister in einem politisch klarblickenden Land wie Frankreich keine Überraschung ausgelöst hat. Die Zeitung „Combat" spricht von einem „Theatercoup", während „France Soir" feststellt, daß die von den Ministerpräsidenten der Sowjetzone eingenommene Position in etwas gar zu auffälliger Weise der Haltung Sowjetrußlands auf der Moskauer Konferenz entspreche. Auch „L'Aurore" kommt zu diesem Schluß, wenn das Blatt schreibt, daß München im Grunde genommen nur die Verlängerung der Moskauer Konferenz sei.

Wie Moskau so hat auch München keine unmittelbaren Ergebnisse gezeitigt, in Moskau wie in München hat man Vorarbeit geleistet, die von Nutzen sein kann. Weder in Moskau noch in München sind Türen zugeschlagen worden; die Teilnehmer der Münchener Konferenz waren sich einig darüber, daß alles versucht werden müsse, um die Verbindung und den Gedankenaustausch mit der Sowjetzone nicht abreißen zu lassen. Die Beziehung zwischen der Konferenz von Moskau und den Münchener Besprechungen ist nur indirekter Art, aber sie ist da. Die Räume sind enger geworden. „Deutschland ist Europa in verkleinertem Maßstab" sagte kürzlich Emanuel Mounier, der französische Schriftsteller. Die Münchener Konferenz der deutschen Regierungschefs war eine rein interne deutsche Angelegenheit, ihre Folgen, positive oder negative werden in weitere Räume hineinragen. Und weil wir nicht nur uns und Deutschland sehen wünschen wir, daß das Positive überwiegen möchte. An unserem guten Willen soll es nicht fehlen.

Alle Angehörigen des ehemaligen Auswärtigen Amtes sollen sich melden

Nürnberg. Um allen ehemaligen Beamten und Angestellten des Auswärtigen Amtes und des auswärtigen Dienstes Gelegenheit zu geben, dem Ersuchen der amerikanischen Anklagebehörde im Justizpalast zu Nürnberg, ihre Anschrift nach Nürnberg, Justizpalast Zimmer Nummer 127 mitzuteilen, nachzukommen, ist, wie der amerikanische Ankläger, Professor Robert W. Kempner, am Montag mitteilte, für die Meldungen eine Frist bis zum 15. Juni gesetzt.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Italien und englisch-amerikanischer Zone

Die Besprechungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Italien und der englisch-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands werden voraussichtlich in etwa 20 Tagen beginnen. Italien wird drei Vertreter zu diesen Besprechungen entsenden.

Münchener Konferenz ohne Ostzone

(Fortsetzung von Seite 1)

schen Situation und die Abhängigkeit der einzelnen Zonen voneinander. Der Leiter des bizonalen Ernährungsamtes, Dr. Hermann Dietrich, und der Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen, Heinrich Lübke, sowie Staatsrat Dr. C. Schmidt (Württemberg-Hohenzollern), berichteten über die Ernährungslage. Frau Luise Schröder, die Oberbürgermeisterin von Berlin, wies auf die Auswirkungen der Ernährungskrise auf die Volksgesundheit im allgemeinen und auf die gesundheitlichen und moralischen Folgen für die Jugend im besonderen hin. Zu Wirtschafts- und Finanzfragen sprachen Senator Bogner (Hamburg) und der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hilpert (Hessen), über die Gefahren des Holzeinschlags verbreitete sich Minister Dr. Baumgartner (Bayern). Zur Flüchtlingsfrage referierten Ministerpräsident Lüdemann (Schleswig-Holstein) und Staatssekretär Jaenicke (Bayern). Staatsrat Prof. Carl Schmidt machte umfassende Vorschläge für die Schaffung eines Besatzungsrechtes. In den Diskussionen, die sehr sachlich verliefen, ergriffen die Vertreter aller drei Zonen das Wort. Zu den verschiedenen Themen wurden Resolutionen formuliert und angenommen, die durch eine Abordnung von vier Ministerpräsidenten dem Alliierten Kontrollrat in Berlin mündlich vorgetragen werden sollen. (Wir berichten über diese Resolutionen an anderer Stelle dieser Ausgabe. Red.)

In einer eindrucksvollen Schlußansprache gab Ministerpräsident Dr. Ehard noch einmal ein zusammenfassendes Bild der deutschen Not. Wie weit die Konferenz auf die brennenden Fragen, von deren Lösung Leben oder Tod des deutschen Volkes abhängen, eine Antwort habe geben können, würden die nächsten Monate zeigen.

Ein schlichter Staatsempfang im „Haus der Kunst" und eine Aufführung der Oper „Carmen", die man selten in solcher Vollendung gesehen hat, waren schöne Beweise bayerischer Gastfreundschaft auch in Zeiten der Not. Die Stadt München hatte die Konferenzteilnehmer zu einem Tee-Empfang auf Schloß Nymphenburg geladen. Die Konferenz, die mit einem fast dramatischen Zwischenfall begonnen hatte, schloß in ruhiger Sachlichkeit und innerer wie äußerer Harmonie.

Resolutionen der Ministerpräsidenten

Zur Ernährungsfrage

Die Ernährungskrise in Deutschland hat ein Ausmaß erreicht, das Leben und Wirtschaft an den Rand der Auflösung gebracht hat.

Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen haben sich deshalb in erster Linie mit der Ernährungslage befaßt und ihre Auffassung in folgenden Punkten niedergelegt:

1. Zur Behebung der Hungerkrise ist vor allem notwendig die Steigerung der einheimischen Erzeugung. Durch Zuführung von geeigneten Arbeitskräften, Belieferung mit Saatgut, Kunstdünger, Maschinen und Geräten, Ersatzteilen und den notwendigen Hilfsstoffen, insbesondere durch die Erhaltung der Viehbestände ist die baldige Erzielung von Friedensverträgen zu erwirken.

2. Die Erfassung und Verteilung der Nahrungsmittel muß einwandfrei und gerecht erfolgen. Alle deutschen Länder sind zur Lieferung ihrer Überschüsse heranzuziehen, um einen einheitlichen Versorgungsstand für Deutschland zu erreichen. Die Länderregierungen sind vorbehaltlos bereit, die von den zentralen Verwaltungsstellen gegebenen Anweisungen loyal zu erfüllen.

3. Da auch bei schärfster Intensivierung der Landwirtschaft und bei einwandfreier Erfassung die Versorgung der Bevölkerung nicht gesichert ist, ergibt sich unausweichlich die Notwendigkeit ausreichender Einfuhren, insbesondere an Getreide und Fett, und zwar in einem Ausmaß, daß Getreidereserven für zwei Monate geschaffen werden und eine Fettration ausgegeben werden kann, die eine ausreichende Leistungskraft der Bevölkerung sichert.

4. Dem deutschen Fischfang müssen die gleichen Möglichkeiten offen stehen wie allen übrigen Fischereiflotten der Welt. Das gilt auch für den Walfang. Der Bau und die Instandsetzung von Fischdampfern, Fangbooten und Mutterschiffen muß im entsprechenden Umfang und in notwendiger Größe gestattet werden.

5. Zwecks Steigerung der Kohlenerzeugung soll den Bergleuten und ihren Familien, den Arbeitern der Schwerindustrie, insbesondere an Rhein und Ruhr sowie in Hamburg und Berlin, eine verbesserte Ernährung gesichert werden zum Zwecke der schnellen Ankurbelung der Wirtschaft und der Schaffung von Handelsbeziehungen mit der Welt.

6. Um durch eine starke Verdichtung der ländlichen Bevölkerung auch eine Steigerung der Erzeugung zu gewährleisten, soll die Bodenreform beschleunigt in Gang gesetzt und durchgeführt werden. Die vorstehenden Forderungen sollen nicht erhoben werden, ohne mit Dank der großzügigen Hilfe zu gedenken, die das deutsche Volk sowohl von staatlichen wie privaten Organisationen und von vielen Einzelpersönlichkeiten des Auslandes in den vergangenen schweren Monaten erfahren hat und täglich neu erfährt. Ohne diese Hilfe hätten viele Tausende den letzten Winter nicht überstehen können.

Die Landesregierungen sind entschlossen, ihrerseits alle Kräfte für eine Steigerung der Produktion, restlose Erfassung und gerechte Verteilung einzusetzen. Sie betonen aber, daß ihre Bemühungen ohne nachdrückliche Unterstützung durch alle Stellen der Militärregierungen und gesicherte hinreichende Einfuhren fruchtlos bleiben müssen.

Zu Wirtschaftsfragen

I. In Erkenntnis der ständig wachsenden wirtschaftlichen Not in Deutschland sind die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen fest entschlossen, die gegenwärtige und noch zu erwartende Not mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Sie erklären sich jedoch außerstande, die fortschreitende Auszehrung und den damit verbundenen Verfall der deutschen Wirtschaft wirksam aufzuhalten und eine volkswirtschaftliche Gesundung herbeizuführen, denn die gegenwärtige Krise ist auf Ursachen zurückzuführen, die von den deutschen Regierungen auch bei größter Anstrengung der verantwortlichen Stellen und des ganzen Volkes nicht beseitigt werden können.

II. Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen bitten deshalb die Besatzungsmächte angesichts des Ernstes der Lage, möglichst schnell die nachstehenden Voraussetzungen für eine wirkliche Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft — auch im Interesse der Alliierten selbst und der europäischen Nachbarvölker — zu schaffen:

1. Verwirklichung der auf der Potsdamer Konferenz Juli 1945 beschlossenen gesamtdeutschen Wirtschaftseinheit;
2. Ausreichende Anlaufkredite für die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und ebenfalls dringend benötigten Produktionsmitteln;
3. Zulassung zu den Weltmärkten unter normalen geschäftlichen Bedingungen und unter weitgehender Eigenverantwortung der Deutschen;
4. Regelung der Geld- und Währungsfragen;
5. Revision der unsozial wirkenden und produktionshemmenden Steuergesetze;
6. Belassung der für den friedlichen Wiederaufbau geeigneten Industrieanlagen und der Eigenproduktion in einem für das wirtschaftliche Existenzminimum erforderlichen Umfang;
7. Erleichterung der laufenden Besatzungslasten.

III. Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen empfehlen bis zur Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit die Bildung eines Länderausschusses aus allen deutschen Gebieten zur ständigen Unterrichtung und Beratung des Alliierten Kontrollrates in wirtschaftlichen Fragen.

•

I. Die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Vereinigung und nachhaltige Gesundung Deutschlands können erst in langwieriger Kleinarbeit geschaffen werden. Um den unvermeidlichen Zeitverlust möglichst abzukürzen und den Gesundungsprozeß zu beschleunigen, müssen eine Reihe von Sofortmaßnahmen getroffen werden.

II. Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen bitten deshalb die Besatzungsmächte, den zuständigen deutschen Stellen die Möglichkeit zu geben, nachstehende Vorschläge zu verwirklichen:

1. Sofortige Revision des Industrieplanes für Deutschland unter ständiger Hinzuziehung von deutschen Sachverständigen aus allen Zonen.
2. Übertragung aller Verantwortung im Interzonenhandel auf deutsche Verwaltungsstellen mit dem Ziel der Erleichterung und Belebung des Interzonenhandels.
3. Wiederherstellung der Freizügigkeit zwischen den Zonen durch Beseitigung aller Hindernisse im Verkehr von Personen, Nachrichten (Zeitungen und Literatur) über die Zonengrenzen.
4. Unterstützung der Sofortpläne der deutschen Regierungen auf Förderung der Transportmittelindustrie, um den drohenden Zusammenbruch des Verkehrswesens zu verhüten; Verhinderung eines weiteren Abflusses von Güterwagen in das Ausland.
5. Förderung des Außenhandels durch wesentliche Vereinfachung des Verfahrens, Reiseerlaubnis für deutsche Kaufleute ins Ausland, verantwortliche Einschaltung deutscher Kaufleute in das Einfuhrgeschäft, Schaffung eines wirksamen Anreizes für die deutsche Ausfuhr.
6. Freigabe und kurzfristige monatliche beziehungsweise vierteljährliche regelmäßige Veröffentlichung der statistischen Zahlen über Erzeugung, Vorräte und Verbrauch an den wichtigsten landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen.
7. Errichtung eines statistischen Zentralbüros für alle vier Zonen und Berlin zwecks sofortiger Sammlung und Vorbereitung der Planungsunterlagen für die gesamtdeutsche wirtschaftliche Lenkung nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit.

Zur politischen Befreiung

1. Die Denazifizierung ist eine Aufgabe der Selbstreinigung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus. Der Prozeß der inneren politischen Befreiung muß deshalb vom deutschen Volk in eigener Verantwortung durchgeführt werden. Im Interesse der Rechtssicherheit und Befriedung müssen rechtskräftige Entscheidungen der berufenen deutschen Organe endgültig sein und in allen Zonen anerkannt werden. Die Kontrolle der Besatzungsmächte sollte sich auf eine grundsätzliche Überwachung der deutschen Behördentätigkeit beschränken.

2. Die politische Befreiung muß in allen Zonen so vorgenommen werden, daß überall die gleiche Wirkung erzielt und Unterschiede zwischen den Zonen vermieden werden.

3. Die innere politische Beruhigung, der Wiederaufbau der Wirtschaft und Gründe der Menschlichkeit erfordern eine möglichst rasche Beendigung der politischen Säuberung. Dazu ist rascheste und summarische Bereinigung der Mitläuferfälle in einem vereinfachten Verfahren unter Aufhebung gesetzlicher Schuldvermutungen und automatischer Beschäftigungsverbote unumgänglich notwendig.

4. Das Ziel der politischen Befreiung wird durch die bloße Entfernung aktiver Nationalsozialisten und Militaristen aus führenden Stellungen und ihre Heranziehung zu Wiedergutmachungsleistungen allein noch nicht erreicht. Hinzukommen muß die innere Abkehr vom Ungeist und den Methoden des Nationalsozialismus durch Erziehung des Volkes im Geiste der Demokratie, Humanität und gegenseitigen Duldung.

Zum Besatzungsrecht

Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen stellen fest, daß es im dringenden Interesse der deutschen Bevölkerung und der Förderung des demokratischen Rechtsgedankens liegt, das Verhältnis zu den Besatzungsmächten in formulierten Rechtssätzen niederzulegen, wie sie sich gemäß dem Vorspruch der Haager Landkriegsordnung „aus den unter gesitteten Staaten geltenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens" ergeben.

Demgemäß beschließen die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten und den Militärregierungen vorzulegen.

Aufruf an die Emigration

Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren. Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen. Ihrer Aufnahme in unserem übervölkerten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein. Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu leben. An einen wirklichen Neubeginn unseres Lebens ist aber nicht zu denken ohne die Hilfe der übrigen Welt, ganz besonders nicht ohne die Deutschen, die heute außerhalb unserer Grenzen weilen. Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.

Zur Finanzpolitik

1. Die Not des deutschen Volkes erfordert auch auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen schnelle durchgreifende Maßnahmen.

2. Dazu gehört in erster Linie eine Neugestaltung der Steuergesetzgebung unter Herabsetzung der seit Anfang 1946 geltenden überhohen Steuersätze, durch die eine Verminderung des Überhanges an vagabundierendem Geld nicht ereicht werden kann. Durch die überhöhte Besteuerung ist
der Arbeitswille der werktätigen Bevölkerung und die Unternehmer-Initiative gelähmt;
die Substanz der Unternehmer angegriffen, während das Kapital des Schwarzen Marktes unberührt blieb;
die Steuermoral schwer erschüttert.

Eine vernünftige Steuerreform ist deshalb dringend notwendig. Grundsätzlich sind die Steuersätze und die Vorschriften dahin abzuändern, daß dem arbeitenden Menschen, gleichgültig ob Arbeiter oder Unternehmer, ein Anreiz zu höchster wirtschaftlicher Leistung gegeben wird. Eine Verminderung des Steueraufkommens ist dabei nicht zu befürchten, weil die damit verbundene erhöhte Produktionsleistung und die Besserung der Steuermoral einen natürlichen Ausgleich bringen.

3. Die öffentlichen Haushalte müssen auf die Dauer im Gleichgewicht gehalten werden unter Aufbringung möglichst hoher Leistungen für die Notwendigkeiten der Allgemeinheit.

Dabei ist folgendes zu beachten:

a) Allein durch Anwendung strengster Sparsamkeit und weitgehende, sinnvolle Vereinfachung der Verwaltung können die Mittel für die Erfüllung der in der jetzigen Notzeit dem Staat obliegenden Aufgaben bereitgestellt werden.

b) Die Beiträge für Besetzungskosten und für andere Leistungen an die Alliierten können nur im Rahmen der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes aufgebracht werden. Insbesondere müssen die Anforderungen der Besetzung mit dem Sozialprodukt in Einklang gebracht werden (Art. 52 der Haager Landkriegsordnung).

c) Unter allen Finanzierungsaufgaben ist dem Wiederaufbau der Vorrang zu geben, insbesondere der Wiederherstellung der zerstörten Gebäude, der Eingliederung der Neubürger in die deutsche Volkswirtschaft, dem Ausgleich der Kriegsschäden, der Wiedergutmachung an den vom Nationalsozialismus Verfolgten.

4. Der nachhaltige Erfolg aller finanzpolitischen Maßnahmen ist abhängig von einer baldigen Geld- und Währungsreform. Dabei ist die gerechte und gleichmäßige Belastung des Sachwert- und Geldbesitzes eine unerläßliche wirtschaftliche und politische Voraussetzung. Darüber hinaus hängt die Wirksamkeit der Geld- und Währungsreform davon ab, daß dem deutschen Volk die Verfügungsgewalt über seine Wirtschaftsquellen und eine erhebliche Steigerung seiner gegenwärtigen Produktion gesichert ist.

•

(Wegen Raummangel müssen wir uns die Veröffentlichung der Resolutionen zur Kriegsgefangenen- und Kohlenfrage in einer der nächsten Ausgaben vorbehalten. — Die Red.)

Theorie und Realität

Ausklang des Konstanzer Juristenkongresses

Konstanz. Eine Reihe von tiefschürfenden und interessanten Referaten bereicherte den Ertrag der internationalen Juristenbegegnung. So sprachen u. a. Professor Dr. von Hippel (Universität Marburg) über „Die Wiedergesundung des heutigen Rechtsdenkens", Professor Dr. Redslob über „Verfassungsformen der Gegenwart". Mr. Martin, Maître de Requêtes au Conseil d'État über „Conseil d'État — Hüter der Demokratie", Mr. Lafolette vom Nürnberger Gerichtshof über den „Nürnberger Juristenprozeß", Prof. Beyerle (Universität Freiburg i. Brsg.) über „Rechtsrezeptionen", Mr. Granier, Procureur Général beim Tribunal Général in Rastatt, über „Die Kriegsverbrechen sind eine Sünde gegen den Geist", Oberstaatsanwalt Güde (Konstanz) und Professor Dölle (Universität Tübingen) über „Die durch die Aufhebung des Erhofgesetzes geschaffene Rechtslage", Oberlandgerichtsrat Schneider (Celle) über „Die Erbhofgesetzgebung in der britischen Zone", Mr. Vinatier, von der Militärregierung Baden-Baden über „Die Aufgaben der Militärregierung", M. Rockwell, Direktor der Rechtsabteilung bei der amerikanischen Militärregierung über „Die öffentlichen und personellen Rechte in den Vereinigten Staaten", Professor Kern (Tübingen), Ministerialrat Groß (Hamburg) und der hessische Justizminister Zinn zum Thema „Probleme der Strafgerichtsverfassung und der Wiedereinführung der Laiengerichtsbarkeit in Deutschland", Generalstaatsanwalt Dr. Bader (Freiburg) über „Das Erscheinungsbild der gegenwärtigen Kriminalität in Deutschland", Ministerialrat Arndt (Wiesbaden) sprach über die „Euthanasie-Prozesse".

In seinen Ausführungen appellierte er als ehemaliges politisches Opfer an das Rechtsgewissen der Welt. Justizminister Steltzer von Nordrhein-Westfalen richtete an die Vertreter der Militärregierung die Bitte, in ihren Ländern zu betonen, daß es immer noch deutsche Richter gäbe und stets gegeben habe, die ihr hohes Amt untadelig ausübten. Der Senior der deutschen Justiz, Chef der Justizverwaltung der Ostzone, Dr. Schiffer, betonte, daß aus der Tiefe des deutschen Volkes das Recht wieder aufgebrochen wäre, das nur verschüttet, nicht vernichtet worden war.

Dieses einmütige Bekenntnis führender deutscher Juristen aller Zonen zu der Idee des Rechts fand Widerhall in der Erklärung von M. Bourthoumieux, Chef du controle de la Justice allemande, der u. a erklärte: „Es ist das erstemal, daß eine Zusammenkunft deutscher und alliierter Juristen in unserer Zone stattfindet. Eine solche Zusammenkunft nach der Epoche des Hitlerregimes hat in erster Linie die Bedeutung, daß wir uns alle den Glauben an ein universelles Recht bewahrt haben. Wenn diese Grundanschauung auch hier wie dort besteht, so sind doch im Laufe der Diskussionen zwei Geistesrichtungen in Erscheinung getreten. Die deutschen Juristen haben das offensichtliche Streben nach Theoretisierung und Systematisierung. Sie neigen dazu, alle Probleme in einen abstrakten Rahmen einzuspannen. Wenn sie zum Beispiel über Euthanasie sprechen, so steht ihnen vor allem die Frage der strafrechtlichen Verantwortlichkeit vor Augen. Wenn man die Frage der Kriegsverbrecher und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit erörtert, entsteht sofort eine Diskussion darüber, ob Gesetze mit rückwirkender Kraft erlassen werden dürfen. Spricht man von den Fehlern der Richter, die Helfershelfer der Gestapo waren, so artet dies sofort in einen scholastischen Streit zwischen Positivismus und Naturrecht aus.

Im Gegensatz hierzu haben wir bei den alliierten Juristen das Bestreben beobachtet, einen Begriff nur an Hand praktischer Erfahrungen und Resultate zu bilden. Die beiden Geistesrichtungen stehen im Widerstreit miteinander. Von seiten der alliierten Juristen ist deshalb die Mahnung ausgegangen, sich in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen nicht von der Realität zu entfernen.

Wir glauben jedoch, feststellen zu dürfen, daß die deutschen Juristen es verstehen, bei der Aufstellung eines Systems nicht auf Sand zu bauen, sondern auf der festen Grundlage der Statistik und Erfahrung Es ist wohl möglich, daß zuweilen dem Begriff der Realität etwas zuviel Optimismus beigemischt wird. Er umschließt aber außerdem den Sinn für die Praxis, für die unmittelbare Verantwortlichkeit, für den Einsatz der moralischen Persönlichkeit, für die Problem der Zeit. Wenn die deutschen Juristen zuweilen unsere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer tieferen Betrachtungsweise gegenüber der Welt lenken, so sind wir verpflichtet, sie auf die Notwendigkeit einer individuellen und zeitgemäßen Einstellung gegenüber der Welt aufmerksam zu machen. Z. B. dürfen sie nicht vergessen, daß das Andenken an die Hitlersche Greueltaten in Deutschland und anderwärts noch lebendig ist und daß es daher ihre Pflicht ist, zu dieser Tatsache Stellung zu nehmen. Nicht durch Lehren, sondern mit Taten. Sich als Demokrat betätigen, heißt: die Schuldigen bestrafen, die Unwürdigen beseitigen, neue Kräfte heranziehen, alles dies im Namen der Menschheit, die unter Hitler gelitten hat. Die Realität hat ihr Maß und ihre Weisheit. Deshalb ergeht die Bitte an Sie: handeln Sie so, daß das Rechtsbewußtsein, dessen Ideal sie gehütet haben, nun auch Realität wird."

Administrateur Général Laffon, Baden-Baden, beendete die Tagung mit einem Dank an alle Teilnehmer und dem Bekenntnis zum unteilbaren, gleichen Recht für alle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Freiburg im Zeitgeschehen

Wintersemester vom 1. Oktober bis 31. Januar

Das Wintersemester 1947/48 an der Universität Freiburg beginnt am 1. Oktober und schließt mit dem 31. Januar 1948 ab. Aufnahmeanträge müssen bis 30. Juni eingereicht werden. Wer erst im Juli dieses Jahres die Reifeprüfung ablegt, kann das Reifezeugnis bis 31. Juli nachreichen.

Erzbischof Dr. Gröber in der „BIGA"

Am Nachmittag des Fronleichnamstages besuchte der H. H. Erzbischof Dr. Gröber die Badische Landesexportschau „BIGA". Lange Zeit verweilte er in der Abteilung der badischen Verlage und des graphischen Gewerbes, ebenso zeigte der Erzbischof reges Interesse vor allem für die Betriebe der Feinmechanik und der Uhrenindustrie. Ein Zufall wollte es, daß der H. H. Erzbischof, der unerwartet in der Ausstellung erschien, der 150 000. Besucher der „BIGA" war.

Versammlung der Fliegergeschädigten

In der ersten größeren Versammlung des Bundes der Fliegergeschädigten in Baden nahm Bundesgeschäftsführer Müller im vollbesetzten Maria-Hilfs-Saal Stellung zu den vordringlichsten Problemen der Fliegergeschädigten, deren Anliegen und Forderungen in der Verfassung verankert werden müßten. An oberster Stelle stünden die Notwendigkeit eines gerechten Lastenausgleichs, ein Moratorium für Hauszinssteuer zugunsten der Geschädigten, Wohnungsbeschaffung und Mieterschutz, bevorrechtigte Bezugscheinansprüche und Steuererleichterungen verschiedener Art. Eine Resolution, die die Billigung der zahlreich Betroffenen fand, soll die Voraussetzung für die künftige gesetzmäßige Grundlage der Ansprüche der Fliegergeschädigten schaffen.

Konzerte in Krankenhäusern und Altersheimen

Die Sanitätskapelle des Badischen Hilfswerkes hat den Reigen ihrer Wohltätigkeitsveranstaltungen mit Konzerten in der Blindenanstalt und im Waisenhaus Günterstal eröffnet. Alle vierzehn Tage am Donnerstagabend wartet die Sanitätskapelle in den Krankenhäusern und Altersheimen mit Konzerten auf.

Regierungsinspektor Oßwald im Ruhestand

Am 1. Juni ist der in weitesten Wirtschafts- und Arbeiterkreisen bekannte Regierungsinspektor Oßwald beim Arbeitsamt Freiburg mit Erreichung der Altersgrenze in den verdienten Ruhestand getreten. Herr Oßwald war seit Januar 1916 zuerst als Arbeitsvermittler und zuletzt als Abschnittsleiter beim Arbeitsamt tätig. Seine gewissenhafte und pflichtttreue Arbeit an verantwortungsvoller Stelle sichern ihm den Dank weiter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise.

Gleichzeitig wurde auch der seit 1924 in der Verwaltung tätige Angestellte Bank nach treuester Pflichterfüllung in den Ruhestand versetzt.

Berufsberatung in Emmendingen und Neustadt

Sprechtage über Berufsberatung durch das Arbeitsamt Freiburg sind in der Arbeitsamtsnebenstelle Emmendingen, Hebelstraße, an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat von 14 bis 17 Uhr, und im Arbeitsamt Neustadt, Bahnhofshotel an jedem ersten und dritten Dienstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

Emmendinger Streiflichter

Die öffentliche Sitzung der Kreisversammlung in der Realschule befaßte sich mit der Wahl der Beisitzer zum Verwaltungsgericht erster Instanz. Sie ergab 17 Stimmen für den Wahlvorschlag der BCSV und 6 Stimmen für den der SP. Als Beisitzer wurden gewählt: die Kreisräte Rapp (Elzach), Faller (Emmendingen), Fasoli (Kenzingen), Gladitsch (Emmendingen) alle BCSV, Ehret (Emmendingen), (DP) und Stelz (Emmendingen), (SP). (Weiterer Bericht folgt.)

Breisach. Am 2. Juni hat sich der Bürgermeister und der Gemeinderat der Stadt einen Tag am Ehrendienst, der augenblicklich in der Stadt durchgeführt wird, beteiligt. Ohne einen vom Bürgermeisteramt ausgestellten Erlaubnisschein ist das Pflücken von Lindenblüten an den städtischen Bäumen verboten.

Waldkirch. Von einem schweren Hagelwetter, wie es seit 64 Jahren nicht der Fall war, wurde die Gegend oberhalb Buchholz bis Bleibach heimgesucht. Vielversprechende Kornfelder und Gartenanlagen wurden verwüstet. Auch Gebäudeschäden sind zu verzeichnen.

Oberbadisches Land

Lörrach. Die Kartenausgabestelle macht darauf aufmerksam, daß im Laufe dieses Monats neue Reisemarken zur Ausgabe kommen. Die bisherigen Reisemarken verlieren am 30. Juni ihre Gültigkeit.

Todtnau. Aus der Gefangenschaft kehrten zurück: Robert Asal, Albert Braun, Wilhelm Nann und Ernst Wiche.

*

Anmeldepflicht für Tabak-Kleinpflanzer

Müllheim. Die Tabakkleinpflanzer werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre angebauten Tabakpflanzen bis zum 30. Juni beim Zollamt anmelden müssen. Auf die im Rathauseingang angeschlagenen Richtlinien wird hingewiesen.

Es wurden gestohlen — Spinat und Telegrafenstangen!

Laufenburg. Vom Hochrhein wird uns neben andern Diebstählen berichtet, daß am Verbindungsweg nach Rhina zwei Leitungsmasten abgesägt und mitgenommen wurden. Man hofft, daß die Spuren zur Ermittlung der Täter führen. — Kaum ist das Gemüse da, sind auch schon Elemente am Werk, zu ernten, wo sie nicht gesät haben. In heiterer Mittagszeit wurde eine gutgekleidete Dame beobachtet, als sie Spinat „klaute". (So schreibt es uns der Berichterstatter der sicher mit Recht entrüsteten Laufenburger.)

Treffen der evangelischen Jugend in Konstanz

Konstanz. Die Konstanzer evangelischen Jugendkreise haben die konfirmierte Jugend des Kirchenbezirks Konstanz zu einem Treffen auf den 14. und 15. Juni nach Konstanz gerufen. Höhepunkte werden die Aussprache am Samstagabend, der festlich ausgestaltete Gottesdienst der Lutherkirche um 9 Uhr und eine öffentliche Kundgebung auf dem Lutherplatz um 10.30 Uhr am Sonntag sein.

Am vergangenen Sonntag wurde Altstadtpfarrer der neu errichteten evangelischen Pfarrei in Konstanz, Pfarrer Wolfgang Lorenz, in der Lutherkirche eingeführt. Vom Dekan des Kichenbezirks und den Ältesten geleitet, zog der neue Geistliche ins Gotteshaus ein. Am Hauptportal übermittelte Oberbürgermeister Knapp die herzlichsten Segenswünsche der Stadtgemeinde für ein gottbegnadetes Wirken in Konstanz. Im Festgottesdienst vor der überaus zahlreichen Gemeinde wurde der Pfarrer feierlich verpflichtet.

Konstanz in der „Weltschau". Auf der Marktstätte wurde am vergangenen Samstagvormittag eine Ausstellung eröffnet, die aus Anlaß der am 5. Juni beendeten Tagung der Juristen in Konstanz veranstaltet wurde. Die Ausstellung enthält eine Fülle wertvoller Urkunden, handschriftlicher Dokumente aus Rechtswissenschaft und Rechtspflege. Zu ihrer Ausgestaltung trugen neben dem Konstanzer Stadtarchiv, den Konstanzer Bibliotheken unter anderem die Universitätsbibliothek Freiburg, das Fürstl. Württbg. S.S. Archiv Donaueschingen und das Fürstl. Zeilsche Archiv aus Schloß Zeil bei. Bei der Eröffnung sprachen Vertreter der Militärregierung, Oberbürgermeister Knapp und Stadtarchivar Dr. Feger.

Die Walderholungsstätte der Stadt Konstanz, die von einer Arbeitsgemeinschaft betreut wird (Caritasverband und Innere Mission), und zunächst etwa 50 Kindern Aufenthalt bietet, ist am 9. Juni wieder eröffnet worden.

Der Industriestadtarbeiterprüfung des ersten Halbjahres 1947, die von der Industrie- und Handelskammer Konstanz durchgeführt wird, haben sich 83 Prüflinge unterzogen. Das Ergebnis ist befriedigend. Gegenüber den vorausgegangenen Prüfungen sind bessere Leistungen zu verzeichnen. Fünf Prozent der Prüflinge haben nicht bestanden.

Schach. Zum ersten Male seit ihrer Neugründung tritt die Stadtvereinigung mit ihrer 1. und 2. Klasse am nächsten Sonntag um 10 Uhr vormittags im Hotel St. Johann gegen eine kombinierte Spielerauswahl der Stadtvereine Singen, Radolfzell, Gottmadingen und Stockach zu einem Freundschaftswettspiel an 20 Brettern an.

Singen. Die überaus farbenprächtige Fronleichnamsprozession mit ihren ungezählten Fahnen und Bannern wies mit fast 4500 Teilnehmern eine Beteiligung auf, wie sie die Stadt Singen noch nie erlebt hatte. Die seit dem Jahre 1934 traditionelle Fronleichnamsabendfeier sah wieder 4 bis 5000 Leute vor dem majestätischen Hauptportal der Herz-Jesu-Kirche vereinigt. Den eindrucksvollen Auftakt der Abendfeier bildete die Prozession der 500 weißgekleideten Mädchen. Festprediger war Stadtpfarrer Stadler von Aach.

Engen. In Engen fand vom 1. bis 3. Juni eine Arbeitstagung des Verbandes Badischer Wohnungsunternehmung e. V. in Freiburg statt, an der etwa 30 Vertreter der ganzen Baugenossenschaften aus allen Teilen des Landes teilnahmen. Die Tagung wurde vom Verbandsvorsitzenden Andrae (Freiburg) eröffnet. Das Thema des ersten Tages waren Genossenschaftsrecht und Feuerprobleme. An den beiden folgenden Tagen wurde vor allem die Frage des Rechnungswesens behandelt.

Überlingen. Im festlich geschmückten Nikolausmünster beging die Pfarrgemeinde Überlingen das Fest des Silbernen Priesterjubiläums von Msgr. Cwick, einem Sohn unserer Stadt. — Bei dem Leichtathletikwettkampf Saulgau — Überlingen konnte der VfR. Überlingen im Weit- und Hochsprung, im 100- bis 1500-Meter-Lauf, im Rundenlauf und Kugelstoßen Bestleistungen erzielen. — Am 3. Juni ging die von der ostschweizerischen Grenzlandhilfe des Kantons Thurgau in den Monaten Februar bis Mai gespendete Schülerspeisung in Überlingen zu Ende. Bürgermeister Hug und Schulleiter Müller dankten in einer Feier in der Turnhalle in herzlichen Worten der Bevölkerung und der Jugend des Kantons Thurgau, die mit ihren Spenden die Fortführung der Schülerspeisung ermöglicht hatten.

Mersburg. Rebmann Johann Neßler ist im Alter von 70 Jahren unerwartet aus einem arbeitsreichen Leben in den Weinbergen des badischen Weingutes verstorben.

Deggenhausen b. Überlingen. Das Anwesen des Josef Glöckler-Silbereis wurde am Dienstag voriger Woche vollständig ein Raub der Flammen. Das Feuer wurde durch Kurzschluß verursacht.

Stockach. Am vergangenen Sonntag fand in unserer Pfarrkirche St. Oswald eine kirchenmusikalische Feiersunde statt, bei der Pfarrverweser Hunn, Nenzingen (Orgel), Konzertmeister Keller, Konstanz (Violine) und der Kirchenchor mitwirkten. Die Feierstunde schloß mit der Erteilung des sakramentalen Segens.

Mühringen. Am Fronleichnamstag wurde unser Altersveteran, der weitbekannte, im 91. Lebensjahr verstorbene Säge- und Elektrizitätswerkbesitzer Villinger unter großer Beteiligung der Bevölkerung zur letzten Ruhe gebettet.

Offenburger Brief

Generalversammlung des Gaststättengewerbes

Die Kreisgruppe des Verbandes der Hotel- und Gaststätten Badens hielt ihre 1. Jahresversammlung ab. Nach einem Bericht des Kreisdelegierten Ketterer über den Neuaufbau der Kreisgruppe referierte Geschäftsführer Grieshaber, Baden-Baden, über die Neuorganisation des Verbandes, der bis jetzt 650 Hotels und 3600 Gaststätten umfaßt. Die Versorgung der Betriebe mit dem notwendigsten Bedarf an Gebrauchsgegenständen und Lebensmitteln wurde erörtert. Als Delegierte wurden die Kollegen Ketterer und Volk gewählt.

Gewerkschaft der Angestellten

In einer Versammlung der Gewerkschaft der Angestellten sprach Gewerkschaftsführer Kappes, Freiburg, über die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften. Auch wurde die prekäre Ernährungslage behandelt. Zwei Resolutionen forderten die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden und die Einberufung des Landtags zwecks Ergreifung von Sofortmaßnahmen.

Oberkirch. Hauptlehrer Ballweg, der seit Monaten die Leitung der Volksschule innehat, wurde zum Rektor ernannt.

Wolfach. Die Eintragungen in das Standesregister betrugen im Monat Mai 4 Geburten, 5 Eheschließungen und 7 Sterbefälle.

Lahrer Stadtnotizen

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni brach in Lahr im Hause Bertholdstraße 19 durch Selbstentzündung Feuer aus, das durch die Feuerwehrmänner bald eingedämmt werden konnte. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa 8000 M. — Der betriebsweise Holzeinschlag soll auch in diesem Jahr durchgeführt werden. Mit der Ausgabe von Einweisungen soll bis Mitte dieses Monats begonnen werden. Zur Versorgung der Stadt sind wiederum die Forstbezirke Zell a. H. und Wolfach beumlagt. Die Höhe der Zuteilungen wird wie im vergangenen Jahre beibehalten. — Die Sprechtage der Holzverteilungsstelle sind Dienstags, Donnerstags und Samstags von 8 bis 12 Uhr im neuen Rathaus Zimmer Nr. 12.

Das Jahresfest der Korker Anstalten

Kork. In diesem Jahre begingen die Korker Anstalten ihr 55jähriges Jubiläum mit einer Festveranstaltung in der Anstaltskirche, zu der Freunde des Werkes aus Nah und Fern herbeigekommen waren. Die Anstalt beherbergt heute 117 Pfleglinge und 92 Insassen des Altersheimes, die von Pfarrer Meerwein betreut werden. Ihm stehen als ärztlicher Berater Dr. Wiederkehr und als Hausmutter Schwester Elisabeth zur Seite, beide sind Sohn und Tochter des ersten Leiters der Anstalt. Die Jubiläumsveranstaltung klang am Nachmittag mit einem Beisammensein aller Anstaltsinsassen mit den Festgästen aus; Orgelklang und Chöre, begleitet von Instrumentalsolisten, bildeten eine festliche Umrahmung. (Wir werden, sobald es die Platzverhältnisse unserer Zeitung erlauben, ausführlich auf die Bedeutung der Korker Anstalten eingehen. D. Red.)

John van Druten: „Das Lied der Taube"

Zur Aufführung im Kleinen Theater in Baden-Baden

Vielleicht muß man Großstädter — oder zumindest einmal „Urlauber" — gewesen sein, um der gar nicht so oberflächlichen Psychologie dieses Stückes folgen zu können. Wie jede gute Komödie macht es weniger lachen als schmunzeln, und ab und zu (o herrliche Sentimentalität!) können einem sogar die Augen feucht werden. — Ein Unteroffizier kommt zum Weekend nach New York; mit den gewesenen Bräuten und sogar mit der derzeitigen Favoritin will es diesmal gar nicht klappen, außerdem regnet es Strippen und es wäre trostlos in der Wolkenkratzerstadt, wenn die anderweitig okkupierte Freundin nicht eine Freundin hätte. Ein reizendes, wenn auch etwas liebesscheu gewordenes Mädchen mit nicht zu viel und nicht zu wenig „Vergangenheit" und noch dazu Besitzerin einer reizenden 2-Zimmer-Wohnung samt einem noch unbelegten Sofa. Und so kommt denn, was kommen muß und sogar noch etwas mehr. Die Zugabe des Schicksals besteht darin, daß e r die Sache anfänglich zu leicht nimmt und s i e zu schwer, wohingegen im 3. Akt sich das Blättchen gewendet hat, bis die beiderseitigen Prinzipien von der grundsätzlich prinzipienlosen wirklichen Liebe über den Haufen geschmissen werden.

Ein sogenanntes Konversationsstück: also eines, bei dem um alles in der Welt nicht in Konversation gemacht werden darf. Der Zuschauer muß immer ein schlechtes Gewissen haben — weil er so unpassend anwesend ist.

Beate von Molo, die gastweise Regie führte, bringt, beim Film geschult, das nötige Fingerspitzengefühl mit. Selten war hier eine Inszenierung so geglückt, so intim, so dem Leben abgelauscht. Man kann auch den vulgärsten Satz in allen möglichen Tonfällen sprechen, ohne daß er „falsch" zu klingen braucht. Dessen ungeachtet beweist sich eine gute Dialog-Regie dann, wenn der Hörer bei jedem Satz das Gefühl hat: nur so und nicht anders durfte er gebracht werden! Das war an diesem Abend der Fall. Werden die Schauspieler überdies so sachlich geführt, daß sie nicht wie gefangene Raubtiere um die Möbel herumschleichen, sondern Gänge und Gesten auf ein Mindestmaß, das heißt auf das Natürliche beschränken, ist die Illusion vollkommen. Sie war es.

*

In der öffentlichen Stadtratssitzung am Freitag schilderte Oberbürgermeister Dr. Schlapper die bedrohliche Ernährungs- und Wohnungslage (am 1. 6. d. J. waren allein 14 158 Zimmer beschlagnahmt). Auf der Tagesordnung stand u. a. die Frage der Wiedereröffnug des Merkurrestaurants, das auf Befehl der Besatzungsmacht wieder hergestellt wird, die Müllabfuhr, die Brennholzversorgung und das Amtliche Verkündigungswesen. Da der Staat der Ansicht ist, daß die Stadt die Polizeikosten für das Jahr 1945/46 zu tragen habe, wird Baden-Baden seinen gegenteiligen Standpunkt voraussichtlich auf verwaltungsgerichtlichem Wege vortragen. Der Oberbürgermeister richtete im Namen des Stadtrates erneut einen Appell an die Militärregierung, den bedenklichen physischen und psychischen Zustand der Bevölkerung zu berücksichtigen. (Wegen Raummangel ist uns eine ausführliche Besprechung leider nicht möglich. Wir hoffen, in einer der nächsten Ausgaben darauf zurückkommen zu können.)

Matthias Schneider in Prag. Der Sekretär der Baden-Badener Gewerkschaften, Matthias Schneider, der bekanntlich zugleich der Zonenvorsitzende der Gewerkschaften ist, reiste am Mittwoch zum Gewerkschaftskongreß nach Prag ab, zu dem die deutschen Gewerkschaftsvertreter als Beobachter eingeladen worden sind.

Seinen 82. Geburtstag feierte Theodor Falk, Geroldsauer-Straße 140. — **Frau Luise Setzler**, geb. Mundy, wurde 75 Jahre alt.

Rastatt muß wieder eine gepflegte Stadt werden

Eine dringende Mahnung an die Rastatter Bevölkerung die öffentlichen Anlagen zu schonen

In der letzten öffentlichen Stadtratssitzung, über die wir bereits kurz berichteten, verlas Bürgermeister Maier einen Bericht des Stadtbaumeisters Breig, der sich mit der Unterhaltung der öffentlichen Wege und Anlagen befaßt. Der Bericht, den man geradezu eine zeitgenössische Denkschrift nennen möchte, stellt einleitend fest, daß die seit Ausgang des Krieges von Seiten des Stadtbauamtes und der Stadtgärtnerei vorgenommenen Arbeiten für die Instandhaltung der gärtnerischen Wege und Anlagen umsonst war.

In fünf Punkten werden dann die wesentlichsten Beanstandungen angeführt. So ergab eine neuerliche Feststellung, daß von den im vergangenen Jahr in Ordnung gebrachten Sitzbänken im Kehlertorpark insgesamt

15 Bänke bis auf den Zementsockel abmontiert

und gestohlen wurden. Die im letzten Jahr neugelegten Ziegel auf dem Kassenhäuschen wurden zertrümmert. Die Gondeln, die sich im Weiher befinden, wurden versenkt und konnten nur mit Mühe wieder gehoben werden. In den gärtnerischen Anlagen, für deren Instandhaltung sehr viel Arbeit und Zeit aufgewandt wurden, rissen mutwillige Hände Blumen und Äste ab. Trotz Einfriedung, z. T sogar mit Stacheldraht, wurden durch die Anlagen Trampelpfade angelegt.

Frisch gesetzte Vergißmeinnicht an den instandgesetzten Brunnen auf der Kaiserstraße sind ausgerissen worden und haben auf dem Friedhof zur Ausschmückung der Gräber wieder Verwendung gefunden.

Ein unbekannter Täter stahl die am neuen Friedhof bei der beschädigten Mauer aufgestellten Backsteine. Die öffentlichen Bedürfnisanstalten am Schloß und Rohrersteg sehen trotz täglicher Reinigung so aus, daß es den städtischen Arbeitern nicht mehr länger zugemutet werden kann, den Schmutz und Kot, der in der ekelhaftesten Weise an allen Ecken der Aborte abgesetzt wurde, weiterhin zu entfernen.

Diese Tatsachen sprechen für sich. Man braucht noch nicht einmal allzu sehr Sauberkeit und Ordnung zu lieben, um nicht zu wissen, wessen Geistes Kinder die Leute sind, die hier ihrem primitivsten Drang, zu zerstören und zu beschmutzen, Ausdruck geben. Gründe für dieses Verhalten gibt es viele. Der letzte ist aber doch wohl der, daß ein bekanntes Haustier sich nur in seinem schmutzigsten Stall wohlfühlt. Alle Notstände, in denen wir uns heute befinden, rechtfertigen weder Diebstahl von Bänken noch die lästerliche Ausschmückung eines Grabes mit gestohlenen Blumen.

Ermahnungen und Aufrufe allein werden zur Zeit wohl nicht in der Lage sein, diesem Tun und Treiben Einhalt zu gebieten. Es kommt heute zunächst darauf an, Maßnahmen zu ergreifen, die jetzt diesem Übel Abhilfe schaffen können. Und hier geht es nicht ohne Mithilfe der ganzen anständig gebliebenen Bevölkerung. Jeder Bürger der Stadt wird sich in Zukunft mehr als bisher als Hausvater der städtischen Anlagen fühlen müssen und bei Verstößen so handeln, als sei man in seinem Garten oder seiner Wohnung daran, das Unterste zu oberst zu kehren. Die Polizei, die früher einmal hier ihr besonderes Augenmerk hatte, wird trotz der vielen noch ungeschulten Kräfte bei der Überwachung der städtischen Anlagen ein dankbares Arbeitsfeld finden. Der flegelhafte Rüpel oder der diebische Einwohner sollen sich der Strafe näher wissen, als der Fahrradbesitzer, der die Beleuchtung seines Rades trotz besten Willens noch nicht hat ersetzen können. Die Stadt selbst wird zunächst, wie früher, alle Alterspensionäre, die sich ja sehr oft in den Anlagen aufhalten, durch einen Ausweis berechtigen, Anzeigen vornehmen zu dürfen. In jedem Fall aber wird die gemeinsame Aufmerksamkeit, etwas Zivilcourage und das Gefühl, mitverantwortlich zu sein für die Sauberkeit der Stadt, bei den unbelehrbaren Elementen unserer Bürgerschaft Wunder tun. Denn, wenn die Strafe auf dem Fuße folgt, wird die Lust zu sündigen geringer.

Mit all diesen Maßnahmen allerdings, und dessen sind wir uns bewußt, wird das Übel nicht mit der Wurzel ausgerissen, sondern nur der Strafe Genüge getan. Über die Erziehung zum Guten und Schönen, ohne die Bedrohung mit dem Knüppel im Hintergrund, zu schreiben, erfordert aber mehr Platz, als er uns augenblicklich zur Verfügung steht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Ernährungslage in der französischen Zone

Freiburg. Ein Vertreter der französischen Militärregierung machte vor Pressevertretern wichtige Ausführungen über die Ernährungslage in der französischen Zone. Davon ausgehend, daß infolge des Getreidemangels die Brotrationssätze auf 125 Gramm gesenkt werden mußten, wobei aber noch 90 Gramm Maismehl zusätzlich verteilt werden sollten, stellte der Vertreter der Militärregierung fest, daß sich bei dieser Regelung besonders für den Arbeiter Schwierigkeiten ergeben würden, da viele infolge des Mangels an Milch und anderer Materialien das Maismehl nicht richtig verwerten könnten.

Auf Bitten der Arbeiterschaft habe sich darum die Militärregierung entschlossen, es zuzulassen, daß auch das zusätzliche Maismehl bis zu einem gewissen Grade mit dem anderen Getreide beim Verbacken des Brotes vermischt werden könnte. Der Nährwert des Brotes werde der gleiche Bleiben, nur das Aussehen werde sich verändern.

Der Vertreter der Militärregierung machte dann noch weitere Ausführungen über die Fettlage. Die vor einigen Wochen herausgegebene Ankündigung, daß 320 Gramm Fett pro Monat ausgegeben würde, habe darauf basiert, daß die Milchablieferungen in der bisherigen Höhe erfolgen würden. Das sei jedoch nicht der Fall gewesen, sondern die Milchablieferungen wären im Monat Mai stark gesunken, so daß die 320 Gramm Fett nicht verteilt werden konnten. Für Juni sei ein neuer Plan aufgestellt worden und man hoffe, für diesen Monat 320 Gramm Fett ausgeben zu können. Es sollen aus dem Sicherheitsstock für Fett 110 Tonnen freigegeben werden, so daß pro Einwohner etwa 110 Gramm verteilt werden könnten. Die übrigen 210 Gramm würden von den Milchablieferungen abhängen. Außerdem seien für Juni pro Verbraucher 400 Gramm Hülsenfrüchte und etwa 400 Gramm Datteln, die bereits in Antwerpen lägen, vorgesehen. Diese Bemühungen habe die Militärregierung unternommen, um die Ernährungslage zu verbessern.

Der Vertreter der Militärregierung hob dann noch anerkennend die vorbildliche Haltung der Arbeiterschaft hervor, die guten Willen und Verständigungsbereitschaft gezeigt habe, so daß es möglich gewesen sei, diese Lösung zu finden.

(Aus Raumgründen müssen wir uns heute auf diese stichwortartigen Darlegungen beschränken und kommen später auf nähere Einzelheiten zurück.)

Im Kreis Rastatt erst 40 v.H. der Eierumlage erfüllt

Das Ernährungsamt des Kreises Rastatt teilt mit: Die Ausgabe von Eiern an die Normalverbraucher hängt im wesentlichen von der Aufbringung im eigenen Kreis ab. Sie ist nur 100prozentig gewährleistet, wenn alle Hühnerhalter ihre Abgabepflicht voll erfüllen. Jedoch muß festgestellt werden, daß beispielsweise im Monat Mai von den schlechtesten Gemeinden nur folgende Mengen aufgebracht wurden:

Au im Murgtal	15 %	des Aufbringungssolls
Bermersbach	17 %	„ „
Ebersteinburg	9 %	„ „
Forbach	25 %	„ „
Hörden	18 %	„ „
Lautenbach	24 %	„ „
Obertsrot	16 %	„ „
Ötigheim	20 %	„ „
Rastatt	26 %	„ „
Würmersheim	18 %	„ „

Insgesamt wurden im Kreis Rastatt nur 40 % der Umlage aufgebracht. Es wird daher an alle Hühnerhalter der dringende Appell gerichtet, ihrer Abgabepflicht nachzukommen und die rückständigen Fehlmengen beizubringen, da sonst die Ausgabe weiterer Eier an die Bevölkerung nicht gewährleistet ist.

Es gibt wieder Kartoffeln

Das Ernährungsamt Rastatt gibt bekannt, daß in den Städten Rastatt, Gernsbach und Gaggenau in Kürze nachträglich für den Monat Mai 5 kg Kartoffeln, 1 kg Hülsenfrüchte und 1 kg Maismehl ausgegeben werden. Die Bevölkerung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Abschnitte der Kartoffelkarte sofort bei der Kartenstelle zum Abstempeln vorzulegen sind.

Steinmauern. Der Schneidermeister Albert Götz feiert Mittwoch, 11. Juni, seinen 81. Geburtstag. Trotz seines Alters ist er noch körperlich und geistig auf der Höhe und nimmt regen Anteil an den Ereignissen des Tages. Auch im Berufsleben stellt er seinen Mann. — Vergangene Woche beging Landwirt Josef Trey das 72. Wiegenfest. Auch er verrichtet noch alle vorkommenden Arbeiten in der Landwirtschaft. — Dieser Tage verschied in einem Baden-Badener Krankenhaus Altratsschreiber Gustav Mußhafen. Eine heimtückische Krankheit setzte seinem Leben ein Ende.

Bietigheim. Nachdem sich erst vor acht Tagen an der z. Zt. unübersichtlichen Kreuzung der Landstraßen nach Rastatt und Muggensturm ein Unglück ereignete, trug sich am Sonntag dort erneut ein schwerer Verkehrsunfall zu. Ein Mortorradfahrer und Radfahrer, beide von Bietigheim, stießen zusammen, wobei der Motorradfahrer gegen einen Wegweiser-Pfahl geschleudert wurde und sofort tot war, während der Radfahrer unverletzt blieb. Bei dem so jäh tödlich Verunglückten handelt es sich um den 38jährigen August Heck von hier.

Iffezheim. Vorletzten Sonntag brach im Privatwaldbesitz der Firma Stürmlinger in der Nähe des Umladebahnhofs der Lokalbahn zwischen Rastatt und Iffezheim Feuer aus. Dank dem raschen Zupacken deutscher Kriegsgefangener, die in der Nähe arbeiteten, konnte der Waldbrand schon im Anfangsstadium aufs wirkungsvollste bekämpft werden. Die Gesamtfläche, die von dem Feuer heimgesucht wurde, wird auf etwa 2 ha geschätzt.

Vorbereitendes deutsches olympisches Komitee gebildet

Die zweite Sportkonferenz des Landes-Sportverbandes Hessen, der aus allen Teilen Deutschlands Sportbeauftragte als Gäste zu sich geladen hatte, hat am Samstagnachmittag nach eingehender Aussprache mit überwältigender Mehrheit die Gründung eines vorbereitenden deutschen olympischen Komitees beschlossen, das sich entsprechend den Bestimmungen des Kontrollrates, die keinen Zusammenschluß eines überzonalen Verbandes oder Komitees gestatten, zunächst nur aus Mitarbeitern des Sports der britischen Zone zusammensetzt. Dem vorläufigen olympischen Komitee gehören an: Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Eutin, Dr. Peco Bauwens, Köln, Vorsitzender des Sportbundes Nordrhein-Westfalen, Groemer, Arnsberg, zweiter Vorsitzender des Sportbundes Nordrhein-Westfalen, Huenecke, Hannover, Vorsitzender des Sportbundes Niedersachsen, Drees, Landessportbund, Bremen, Walter von Adelson, Hamburg, Spartenleiter Leichtathletik.

Dieses vorbereitende deutsche olympische Komitee hat die Aufgabe, vorläufig für Deutschland als Büro der olympischen Spiele zu fungieren und für die am 16. 6. in Stockholm zusammentretende Konferenz des IOK die Beschlußfassung für das Vorhandensein eines olympischen Komitees in Deutschland zu melden.

Die Mitglieder des neugewählten deutschen olympischen Komitees traten am Samstagabend zu einer Besprechung zusammen, in der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Mitglied des Internationalen olympischen Komitees zum Vorsitzenden bestimmt wurde. Im weiteren Verlauf der Sportkonferenz gab Prof. Dr. Diem, der Schöpfer der Kölner Hochschule für Leibesübungen, einen kuzen Überblick über die Ziele der Kölner Hochschule für Leibesübungen, für die zunächst 70 Männer und 30 Frauen angenommen wurden. Im kommenden Jahre sollen auch Wanderlehrgänge in den verschiedenen Ländern stattfinden. Die Sportkonferenz beschäftigte sich schließlich noch mit Fragen des deutschen Turn- und Sportabzeichens und des Auslandsverkehrs des deutschen Sportes. Dr. Bauwens gab hierzu interessante Erklärungen ab und teilte mit, daß die Fußballer die Bildung eines Ausschusses an die Fifa nach Zürich gemeldet haben.

Nachdem Prälat Wolker noch über die Frage eines zu schaffenden Sportethos gesprochen hatte, schloß Regierungsrat Lindner die Sportkonferenz mit Worten des Dankes an die Teilnehmer.

Österreich zur Olympiade eingeladen

Österreich erhielt eine offizielle Einladung, an den olympischen Spielen 1948 in London teilzunehmen, und gab bereits eine 171 Teilnehmer umfassende Namensliste für die Olympiade bekannt.

Der Freiburger Mehrkampftag

Der im Bezirk Freiburg veranstaltete Mehrkampftag litt unter dem ungünstigen Wetter des Sonntag-Vormittags, durch das die Leistungen der Teilnehmer entsprechend absanken.

Die Ergebnisse

Fünfkampf Männer: 1. Maier, Riegel, 2616,9 Punkte, 2. Schweigler, Fortuna Freiburg, 2128,3 Punkte, 3. Fritz, Kenzingen, 2057,3 Punkte.
Dreikampf Männer: 1. Maier, Riegel, 1716 Punkte, 2. Heiberger, Kenzingen, 1541 Punkte, 3. Haef, Fortuna Freiburg, 1465 Punkte.
Dreikampf Altersklasse: 1. Dr. Lonitz, Bad Krozingen, 1412 Punkte, 2. Weber, Teningen, 1176 Punkte.
Dreikampf Frauen: 1. Hauß, Fortuna Freiburg, 1758, 2. Weber, Teningen, 1379 Punkte.
Dreikampf Jugend A: 1. Schindler, Teningen, 1788 Pkte., Mädchen A: 1. Sillmann, Teningen, 1142 Punkte, Mädchen B: 1. Adler, Teningen, 1488 Punkte.
Beste Einzelleistungen, 100 m Heinberger, Kenzingen, 11,6 Sek. 400 m: Heinberger, Kenzingen, 54,1 Sek.
Weitsprung: Heinberger, Kenzingen, 6,67 m
Kugelstoßen: Maier, Riegel, 9,71 m
Speerwerfen: Maier, Riegel, 46,95 m
Frauen, 100 m: Hauß Freiburg, 13,7 Sekunden
Weitsprung: Schilling, Freiburg, 4,70 m
Kugelstoßen: Hauß, Freiburg, 9,31 m

Süddeutsche Oberliga.

5. 6. 1860 München — BC. Augsburg 4:1;
7. 6. Schwaben Augsburg — Spvgg. Fürth 2:2; SV. Waldhof — Schweinfurt 05 2:1;
8. 6. 1. FC. Nürnberg — VfB. Stuttgart 3:0; Vikt. Aschaffenburg — Bayern München 2:1; Kickers Stuttgart — Phönix Karlsruhe 7:0; Karlsruher FV — VfR. Mannheim 0:3; Ulm 46 — FSV. Frankfurt 1:0; Eintr. Frankfurt — VfL. Neckarau 0:0; FC. Bamberg — Kickers Offenbach 1:2.

Zonenliga Nord: 1. FC. Saarbrücken — TUS. Neuendorf 1:3.

Zonenliga Süd: SSV. Reutlingen — Spvgg. Offenburg 4:2.

Badische Oberliga — Staffel West. ASV. Freiburg gegen VfR. Riegel 9:3; Fort. Freiburg — SV. Ottenau 3:2; Oberkirch — SC. Baden-Baden 1:7.

Badische Handball-Oberliga: Svgg. Offenburg — Spfrde. Lahr 3:3.

Badische Oberliga — Staffel Ost: Villingen gegen Singen 0:0; Rielasingen — Radolfzell 0:7; Neustadt gegen Engen 2:0.

Badische Oberliga — Staffel Süd: Zell — Weil 0:6. SV Reutlingen — SV Offenburg 4:2 (2:1)

Das letzte Heimspiel der Reutlinger in der Zonenligarunde endete mit einem verdienten 4:2-Sieg der Platzbesitzer. In der ersten Halbzeit war zunächst Reutlingen leicht überlegen und kam in der 9. Minute zum Führungstreffer. Später wurde das Spiel ausgeglichener. Der Endkampf wurde etwas härter, aber nie unfair. Offenburgs Stärke war der schnelle Innensturm und der fangsichere Torhüter. Reutlingens bester Mann war Bauernfeind, der eine überragende Tätigkeit zeigte.

SpGde. Friedrichshafen gewinnt Bodensee-Pokal

Ergebnisse um den Bodensee-Pokal: Vorschlußrunde: Ravensburg — Baienfurt 3:0. Entscheidungsspiel um den Pokal: Friedrichshafen — Ravensburg 5:1. Friedrichshafen wurde durch einen, besonders in der zweiten Halbzeit überlegen geführten Kampf auch 1947 oberschwäbischer Pokalmeister, nachdem die Elf bereits 1946 in Lindau den Titel errungen hat.

Fußball im Bezirk Rastatt - Baden-Baden - Bühl - Achern.

SV. Bietigheim — SV. Rastatt 1:3 (1:1); Ötigheim gegen Sinzheim 4:2 (2:1); Forchheim — Durmersheim 2:0; Gaggenau — Achern 0:2; Leiberstung — Sandweier 6:0; Bühl — Au a. Rh. kampflos für Au gewonnen. Illingen — Bietigheim 3:4; Kappelrodeck gegen Iffezheim 0:1. **Bezirksklasse 2. Mannschaften:** Rastatt — Leiberstung 4:0; Illingen — Bietigheim 3:2; Baden-Baden — Bühl kampflos für Baden-Baden gewonnen.

Handball: Rotenfels — SC. Baden-Baden 2:7; SV. Muggensturm — SV. Rastatt 6:15; Steinbach (Jgd.) gegen Durmersheim (Jgd.) 1:8; Muggensturm (II) gegen Rastatt (II) 5:10; Muggensturm (Jgd.) — Rastatt (Jgd.) 2:11; Großweier — Sandweier 1:3 (0:3); Großweier (II) — Sandweier (II) 5:2 (3:2).

Konstanzer Tennissieg über Baden-Baden

Der Tennisclubkampf Tennis-Vgg. Konstanz gegen TC Baden-Baden endete am Sonntag mit einem 15:9-Punktsieg der Konstanzer nach 28:20 Sätzen u. 265:196 Spielen.

Ruhestein-Rennen abgesagt

Die Süddeutsche Motor-Rennfahrer-Vereinigung Baiersbronn teilt mit, daß das Ruhestein-Rennen, das am 15. Juni stattfinden sollte, erneut abgesagt werden mußte. Unsere Ermittlungen beim Veranstalter des Ruhesteinrennens, der Süddeutschen Rennsportfahrervereinigung Baiersbronn, ergaben, daß Baiersbronn dahingehend unterrichtet worden ist, daß das Rennen wegen Terminschwierigkeiten verlegt ist. Die Süddeutsche Rennfahrervereinigung erwartet auf Grund der ihr zugegangenen Informationen in Bälde einen neuen und endgültigen Termin für die Veranstaltung.

Südwestdeutsche Volkszeitung
Herausgeber: Christlich-Sozialer Verlag GmbH., Freiburg i. Br., Rosastraße 9.
Chefredakteur: Hermann Leopold Mayer.
Druck: H. Rombach & Co., Freiburg i. Br.
K. & H. Greiser, Rastatt/Baden, Kaiserstraße 40/42.
Merk & Co., Konstanz.

Freiburg

Toten Tafel

Im blühenden Alter von 21½ Jahren hat Gott der Herr am 10. Mai 1947 nach einem heimtückischen Leiden unsere Tochter und Schwester

Magda Klausmann

zu sich in die ewige Heimat gerufen. Wohl ist die Wiedervereinigung im „ewigen Zuhause" unsere Hoffnung, aber trotzdem lastet die Ternnung schwer auf uns. — Für die vielen Beweise der Teilnahme, für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden und für die große Begleitung zur letzten Ruhestätte sowie für jedes Gedenken im Gebete sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren aufrichtigen Dank. — Ein besonderes Vergelts-Gott dem H. H. Pfarrer für die Krankenbesuche, für den Trost der letzten Stunden, für alles Raten und Helfen; ebenso der Krankenschwester für ihr liebevolles Pflegen, für die aufopfernden Nachtwachen und die letzten Dienste an der Verstorbenen. Wir danken dem Kirchenchor für die erhebenden Trauergesänge und den Schulkameraden für den letzten Ehrendienst auf dem Gang zum Grabe. Allen ein aufrichtiges Vergelts-Gott! —

Yach, im Mai 1947. 41980

Friedrich Klausmann, Bäckerei.

Nach Gottes heiligem Willen verschied am 12. Mai 1947 mein lieber Mann, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Anton Kohler,

Bankbeamter, nach schwerer Krankheit, wohlvorbereitet mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 31 Jahren. — Für die uns aus diesem Anlaß erwiesene Anteilnahme, insbesonders dem H. H. Vikar, der ehrw. Krankenschwester, dem Kirchenchor, dem Vorstand der Volksbank und den Schulkameraden ein herzliches Vergelt's Gott!

Wehr, 31. Mai 1947. 42505

Rosa Kohler, geb. Senger, Marie Kohler Wwe, nebst Geschwistern und Anverwandten.

Familienanzeigen

ANGELIKA-SUSANNE! Mit dankbarer Freude zeigen wir die glückliche Geburt einer gesunden Tochter an.
Fritz Waldvogel, Kunstmaler, und **Frau Anny**, geb. Kircheis, z. Zeit St. Elisabeth 42504
Freiburg i. Br., 2. Juni 1947.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Albert Lupser
Hedwig Lupser, geb. Mattes
Singen-Volkershausen, 10. 6. 1947. 2081

Amtl. Bekanntmachungen

Bekanntmachung betr. Eierablieferung im Eierwirtschaftsjahr 1946/47.

Das Bad. Staatskommissariat für Ernährung macht alle Hühnerhalter darauf aufmerksam, daß die gemäß den Bestimmungen der Eierverordnung 1946/47 abzulieferungspflichtigen Eier jetzt in der Hauptlegezeit an die Sammelstellen gebracht werden müssen. Soweit Hühnerhalter aus den Monaten Februar, März und April mit der Eierablieferung im Rückstand sind, sind diese Rückstände noch in diesem Monat nachzuliefern. Nach dem 1. Juni 1947 wird eine Kontrolle der Eierablieferung eines jeden Hühnerhalters vorgenommen und zwar nach dem Stand vom 31. März 1947. Bis zu diesem Tage sind von Hühnerfarmen je Huhn 63 Eier abzuliefern, von landwirtschaftlichen Betrieben 48 Eier je Huhn und von sonstigen Hühnerhaltern 37 Eier je Huhn. Entenhalter haben bis zu diesem Termin 14 Enteneier abzuliefern.

Wer die vorgeschriebene Anzahl Eier nicht bis zu dem genannten Termin abgeliefert hat, macht sich strafbar. Neben der Geld- und Freiheitsstrafe können die Einziehung des Geflügels und das Verbot der Geflügelhaltung ausgesprochen werden.

Außerdem wird auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. 8. 1939 (RGBl. I S. 1521) angeordnet, daß die Säumigen ab 27. Zuteilungsperiode (Monat Juli 1947) für alle Haushaltsangehörigen mit Ausnahme der Kinder bis zu 6 Jahren keine Zuckerkarten mehr erhalten.

Freiburg i. Br., den 19. Mai 1947.
Badisches Staatskommissariat für Ernährung
gez.: Dichtel, Staatskommissar. 5245

Bekanntmachung.
über die Weiterführung der Meldepflicht.

I. Nach der Anordnung über den Arbeitseinsatz vom 3. 8. 1946 (veröffentlicht im Amtsblatt der Landesverwaltung Baden — Franz. Besatzungsgebiet — Nr. 11 vom 5. 8. 1946 und in den Tageszeitungen) sind alle männlichen Personen vom 14. bis 65. Lebensjahr und alle weiblichen Personen vom 15. bis 50. Lebensjahr verpflichtet, sich beim Arbeitsamt zu melden.

II. Für die in Vollzug dieser Anordnung und auf Grund der Bekanntmachung über die Einführung einer Meldepflicht vom 3. 8. 1946 ausgestellten, demnächst ablaufenden Meldekarten werden in der Zeit vom 16. 6. 1947 bis 25. 7. 1947 neue Meldekarten ausgeschrieben.
Die Meldekarten sind auszustellen:
1. Für die Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Volontäre usw.), mit Ausnahme des Hauspersonals: vom Arbeitgeber.
2. Für Geistliche, Angehörige von geistlichen Orden, Diakonissen und Schwestern des Badischen Hilfswerks: vom Diakonat, Mutterhaus oder der vorgesetzten Dienststelle.
3. Für Beamte, Angestellte und Arbeiter öffentlicher Verwaltungen und Betriebe: von der Beschäftigungsbehörde.
4. Für alle unter Ziffer 1—3 nicht aufgeführten Meldepflichtigen einschließlich der Unbeschäftigten: vom Arbeitsamt.

Die Arbeitsämter sind ermächtigt, mit der Ausstellung der Meldekarten für die unter Ziffer 4 erwähnten Meldepflichtigen andere Stellen zu beauftragen.

III. Von den nach Abschnitt II, Ziffer 1—3, mit der Ausstellung der Meldekarten Beauftragten sind die ausgestellten neuen Meldekarten zusammen mit den von den Meldepflichtigen einzuziehenden alten Meldekarten dem Arbeitsamt vorzulegen. Das Arbeitsamt wird die neuen Meldekarten mit Unterschrift und Dienstsiegel versehen und zur Aushändigung an die Meldepflichtigen zurückgeben.
Die neuen Meldekartenvordrucke sind von den mit der Ausstellung der Meldekarten Beauftragten in der benötigten Stückzahl rechtzeitig beim Arbeitsamt anzufordern.

IV. Für die in Abschnitt II, Ziffer 4, erwähnten Meldepflichtigen geben die Arbeitsämter in den nächsten Tagen in den Tageszeitungen das Verfahren mit Angaben über Ort und Zeitpunkt der Ausstellung der neuen Meldekarten bekannt. Auch von diesen Meldepflichtigen sind die bisherigen Meldekarten bei der Ausstellung der neuen Meldekarten abzugeben.

V. Für die Erteilung der Bestätigungsvermerke auf der Rückseite der Meldekarten gelten auch weiterhin die bisherigen Bestimmungen. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß sich strafbar macht, wer Scheinarbeitsverhältnisse betätigt. Der Bestätigungsvermerk darf nicht erteilt werden für Gelegenheitsarbeiten und für kurzfristige Beschäftigungen von weniger als 1 Woche. In diesen Fällen müssen sich die Meldepflichtigen wegen der Erteilung des Bestätigungsvermerks an das für ihren Wohnort zuständige Arbeitsamt wenden.

VI. Lebensmittelkarten werden an die Meldepflichtigen nach dem 25. Juli 1947 nur noch gegen Vorlage der neuen Meldekarte ausgegeben, die mit einem Bestätigungsvermerk versehen sind.

Freiburg, den 2. Juni 1947. 42507
Landesarbeitsamt Baden.

Veranstaltungen

Casino-Lichtspiele.
Bis einschließlich Donnerstag, 12. Juni 1947:
Das Leben eines Schlager-Komponisten
„Leichte Muse"
(Was eine Frau im Frühling träumt)
mit Willy Fritsch Grete Weiser, Adelheid Seeck, Ingeb. v. Kusserow, Jak. Tiedtke, usw. — Neueste franz. Wochenschau. — Jugendfrei.
Ab Freitag, 13. Juni 1947:
Das dramatische Schicksal eines Fremdenlegionärs
„Die Karten des Schicksals"
(Le grand Jeu)
Darsteller: Pierre Richard-Willm, Marie Bell, Charles Vanel, Francoise Rosay, G. Pitoëff. — Neueste franz. Wochenschau. — Jugendverbot bis 16 Jahre. Spielzeiten: Montag: 14, 15, 16,30, 18,45, 21,00 Uhr. Dienstag bis einschließlich Samstag 14,15 und 16,30 Uhr. Sonntag: 10 und 12 Uhr. Vorverkauf: täglich 10—12 Uhr. 42539

HARMONIE-Lichtspiele, Freiburg i. Br. — Nur noch bis Donnerstag! **„Die Mörder sind unter uns".** Der erste deutsche Nachkriegsfilm. Ein packendes Zeitdokument von Wolfgang Staudte. Jugendverbot bis 16 Jahre. Ab Freitag: **„Der Mann am Niger".** Ein Film aus dem Herzen Afrikas mit Victor Francen, Harry Baur, Annie Ducaux. Jugendfrei ab 14 Jahre. Täglich: 14.15, 16.30, 18.45. Dienstag, Mittwoch und Freitag auch abends 21 Uhr. Vorverkauf täglich von 10 bis 12 Uhr. 41891

UNION-THEATER, Freiburg i. Br. — Nur noch bis Donnerstag! **„Ein Walzer um den Stefansturm".** Humor und Wiener Musik mit Olga Tschechowa, Wolf Albach-Retty, Leo Slezak, Gusti Huber, Paul Heidemann. Jugendfrei. — Ab Freitag: **„Die unruhigen Mädchen".** Ein Film voll Jugend und Frohsinn mit Käthe von Nagy, Ilse Werner, Lucie Englisch, Theo Lingen, Hans Moser, Hans Holt. Jugendfrei. Täglich 14.30, 17.00 und 19.30 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. 41893

FRIEDRICHSBAU-LICHTSPIELE. — Bis einschließlich Donnerstag, 12. 6. 47: **„Ich brauche Dich"** mit Marianne Hoppe, Willy Birgel, Paul Dahlke. — Ab Freitag, 13. 6. 47: **„Das Glück kommt selten allein".** (Mademoiselle Beatrice) mit deutschen Untertiteln. Ein liebenswürdiger Film voll Heiterkeit und Gefühl. Darsteller: Louise Carletti, André Luguet, Gaby Morlay. Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 und 16.30 Uhr. Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf an den Spieltagen 10 bis 12 Uhr und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. 42510

STÄDTISCHE BÜHNEN: Casino: 11. Juni, 20 Uhr: **„Ariadne auf Naxos". — Kammerspiele:** 11. Juni, 19.30 Uhr: **„Ein Spiel von Tod und Liebe".** 12. Juni, 19.30 Uhr: **„Der Urfaust".** 42500

Konzertveranstaltung Musikhaus Ruckmich, Maria-Hilf-Saal, 13. Juni, 20 Uhr: **Abschiedsabend.** Susanne Hagen-Heilmann, Hans Heinrich Hagen. Am Flügel Otto Braun. „Ein Schubert-Abend". 42511

„Die Landesvereinigung der Gewerkschaften der Angestellten und der freien Berufe in der französischen Zone Badens hält am 14. und 15. Juni 1947 in Freiburg, Gewerkschaftshaus, eine Vertretertagung ab, an der Delegierte aller Angestelltengewerkschaften in der französischen Zone Südbadens teilnehmen." 42540

Konstanz

Weinausgabe für Erstkommunikanten und Konfirmanden des Jahres 1947. Die Ausgabe von Wein an die obengenannten Bezugsberechtigten erfolgt in der Spitalkellerei, Brückengasse, für die Inhaber der Berechtigungsscheine Nr. 1—275 am Mittwoch, 11. 6. 47 von 8—12 Uhr. Nr. 276 bis Schluß am Mittwoch, 11. 6., von 14 bis 18 Uhr. 2 gereinigte Literflaschen und Korken sind mitzubringen. Abholetermin ist unbedingt einzuhalten.
Konstanz, 7. 6. 1947. 3708
Der Oberbürgermeister — Ernährungsamt.

Donnerstag, 12. 6. 1947, abends 21 Uhr, **1. Serenade im Rathaushof Konstanz.** Konstanzer Streichquartett O. Keller, 1. Violine, M. Schmitt-Bohn, 2. Violine, C. Schmitt, Viola, A. Loerkens, Cello. Karten bei Ackermann, Kanzleistraße. 3707

Schachvereinigung Konstanz. Freitagabend ab 20 Uhr Rück-Trainingsspiel der 1. und 2. Klasse für den am Sonntag, 15. 6. 1947, von 10—13 Uhr stattfindenden Freundschaftswettkampf gegen eine Bezirksauswahlmannschaft. — Der Vereinsleiter. 3709

Bodenseekampfbahn Konstanz. Sonntag, 15. 6. 47, 16 Uhr Fußballentscheidungsspiel um die Zonenmeisterschaft. FC. Kaiserslautern gegen VfL. Konstanz. Vorverkauf ab Donnerstag, 12. 6. 1947, Städt. Verkehrsamt Konstanz, Bahnhofplatz 6, Tel. 1591. 3711

Samstag, 14. 6. 1947, 21 Uhr, Konzil **Gastkonzert — Männerchor Watra.** Ukrainischer Repräsentantenchor (36 Mitglieder). Künstl. Leitung: Musikdirektor Prof. Lew Tur Kiewyez, Dir. der Staatsoper Lemberg. Karten zu RM 2.— und 3.— beim Städt. Verkehrsamt. 3706

Offenburg

Saalbau — Drei Könige — Offenburg.
Mittwoch, 11. Juni 1947, abends 19 Uhr
Familien-Tanz-Abend

Baden-Baden

Amtliche Bekanntmachung

Betr.: Saison-Zuschläge für Gas-Verbraucher zur Konservierung von Lebensmitteln.

Den Haushaltsgas-Abnehmern stehen folgende einmaligen Saisonmengen (nicht für jeden einzelnen Monat) für die Zeit der Verbrauchsmonate Juni bis einschließlich September 1947 zur Verfügung: Zahl der über denselben Zähler zu beliefernde Personen.
1: 15 cbm, 2—3: 25 cbm, 4—5: 35 cbm, 6—7: 45 cbm, 8—10: 55 cbm, 11—12: 65 cbm. Obige Zahlen stellen die Gesamtmenge für die genannten vier Monate dar.
Stadtwerke Baden-Baden
Waldseestraße 24

Hanau / Bühl

Bühler Sportverein (BSV) Abteilung Fußball
GROSSES ABEND-FUSSBALLSPIEL
Mittwoch, 11. 6. 1947, 20.00 Uhr 45
SV Lahr 1. — Bühler SV 1 (Oberliga)
Vorspiel 19.00 Uhr: Jugendmannschaften
Sportplatz Hatzenweirerweg Eintritt RM 1.—

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg